

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Josef Vosen MdB zum Regierungsentwurf des Einzelplans 30 - Forschung und Technologie - des Bundeshaushaltes 1994: Katastrophaler Fehlstart des neuen Forschungsministers.

Seite 1

Ulla Schmidt MdB zur Kritik des CSU-Generalsekretärs an den Plänen zur öffentlichen Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen: Erst lesen - dann kritisieren.

Seite 4

46. Jahrgang / 147

5. August 1993

Katastrophaler Fehlstart des neuen Forschungsministers

Zum Regierungsentwurf des Einzelplans 30 - Forschung und Technologie - des Bundeshaushaltes 1994

**Von Josef Vosen MdB
Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Regierungsentwurf des Forschungshaushaltes ist ein Dokument der Resignation und der Mutlosigkeit. Er bedeutet den Verzicht auf entscheidende Zukunftsoptionen.

Mit dem Ansatz von 9.468,3 Millionen DM weist der Forschungshaushalt die Steigerungsrate 0,0 Prozent auf und setzt damit den Substanzverkehr, der seit 1986 unter dieser Bundesregierung begonnen hat, in erschreckender Weise fort. Der Anteil des Forschungshaushalts am Bundeshaushalt sinkt zum ersten Mal seit über 20 Jahren unter 2,0 Prozent. Mit diesen "Signalen" legt der neue Bundesforschungsminister einen katastrophalen Fehlstart hin. Gerade in der Wirtschaftskrise müßten die Forschungsaufwendungen gesteigert werden. Der Weg in eine sich verstärkende Abwärtsspirale ist mit diesem Etatentwurf vorprogrammiert.

Wer erwartet hatte, daß die Bundesregierung mit ihrem neuen Forschungsminister sich dieser Einsicht verschließt, muß über die eingetretene Entwicklung - eine reale Kürzung des Etats um fünf Prozent - tief enttäuscht sein. Seit der deutschen Einigung muß der Forschungshaushalt (oder was davon übriggeblieben ist) mit den vorher für Westdeutschland allein zur Verfügung stehenden Mitteln jetzt im vierten Jahr hintereinander die Forschung in ganz Deutschland finanzieren. Dies bedeutet, wie die SPD schon oft schärfstens kritisiert hat, die Vernichtung von Forschungskapazität im Umfang der gesamten in der ehemaligen DDR vorhanden gewesenen Forschung. Mit diesem Etat-Entwurf werden die Probleme der Forschung in Deutschland nicht gelöst, sondern weiterhin verschärft.

Antizyklische Forschungsfinanzierung ist erforderlich

In unserer wirtschaftlichen Lage wären erhöhte Forschungsaufwendungen besonders wichtig. Die konventionelle Wertschöpfung bei Luftfahrzeugen, Automobilen, im Maschinenbau, bei den elektrotechnischen Erzeugnissen, bei chemischen und pharmazeutischen Produkten, in der Stahlherzeugung und im Kohlebergbau bricht auf breiter Linie ein.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Nicht nur wir sind gesättigt, sondern auch die größten Teile Westeuropas. Gleichzeitig haben verschiedene Regionen der Welt die Produktion dieser Dinge zu konkurrenzfähigen Bedingungen selbst in die Hand genommen. Deshalb ist ein Land wie Deutschland dazu gezwungen, durch immer anspruchsvollere technische Produkte seinen Anteil an der globalen Wertschöpfung zu erbringen. Wir brauchen mehr und neue Techniken und ihre Weiterentwicklungen. Das bedeutet nicht Technik unter allen Umständen, aber es bedeutet erst recht nicht, unter allen Umständen keine Technik zu haben, wie manche fordern. Es gibt keinen grünen Weg zurück.

Wenn wir wieder auf einen grünen Zweig kommen wollen, darf Deutschland nicht der Techniklosigkeit anheimfallen. Dies wäre gleichbedeutend mit einem Programm zur weiteren Abschaffung von Arbeitsplätzen. Heute ist die erste Priorität, die Möglichkeit für die weitere Entstehung des Bruttosozialprodukts zu schaffen. Unsere Renten können nur durch die Arbeitsplätze der nächsten Generation gesichert werden. Der Generationenvertrag kann nur noch auf den neuen Technologien aufbauen. Forschung - und das bedeutet vermehrt Forschung - wird so zu einem ganz wichtigen Instrument der Arbeitsmarkt- und Industriepolitik.

Lutz Hoffmann, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, rät in diesem Zusammenhang zu antizyklischem Verhalten. Dem schließen wir uns ausdrücklich an.

Wir haben die Fähigkeiten zur hochwertigen Mikroelektronik, zur Gentechnik und zur Technik der neuen Materialien in der Chemie. Wir haben die Fähigkeiten zu enorm anspruchsvollen Umweltschutztechnologien. Besonders gegenüber Japan führen wir auch immer noch in den Technologien der Luft- und Raumfahrt. Notwendig ist jetzt eine große technologische Offensive, die die in Staat und Wirtschaft verlorenen Kapazitäten wieder aufholt. Die Forschung und Entwicklung von heute führt zu den Innovationen von morgen, den Investitionen von Übermorgen und zu den neuen Arbeitsplätzen für unsere Kinder und Enkel.

Die Technologien des 21. Jahrhunderts bleiben auf der Strecke

Der Etatentwurf ist ein hilfloser Versuch, durch das Aufreißen von Löchern andere Lächer zu stopfen. Schon im laufenden Haushaltsjahr weisen die sogenannten "Technologien des 21. Jahrhunderts"

- Informationsverarbeitung,
- Basistechnologien der Informationstechnik,
- Mikrosystemtechnik,
- Verkehrstechnologien,
- Materialforschung,
- Biotechnologie und
- Erneuerbare Energien

nur geringfügige oder keine Steigerungsraten auf.

Im kommenden Jahr kann sich wegen des Null-Wachstums, das ja in Wirklichkeit eine reale Fünf-Prozent-Kürzung ist, kein günstigeres Bild ergeben.

Nachdem unsere Informationstechnik in elf Jahren christlich-liberaler Bundesregierung praktisch ihre globale Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, ist auch auf dem Gebiet der Gentechnik festzustellen, daß die Investitionen in diese Technologie nicht in Deutschland, sondern im Ausland stattfinden. Hier hat die Bundesregierung viel zu spät erkannt, welche Zukunftsbedeutung diese Technologie für neue Medikamente und Lebensmittel hat. Unter den sich verschlechternden Haushalts-Voraussetzungen ist von den Technologien des 21. Jahrhunderts, die die Bundesregierung proklamiert, kaum etwas zu erwarten. Zu Ihrer Förderung gehören nicht nur Worte, sondern auch Gelder.

Der Forschungsetat muß aufgestockt und umgebaut werden

Seit 1986 weist der Einzelplan 30 - Forschung und Technologie - praktisch immer unterdurchschnittliche Steigerungsraten im Vergleich mit dem Bundeshaushalt auf. Schon ein nur dem Bundeshaushalt entsprechendes Wachstum des Forschungshaushalts hätte für die Forschung in Deutschland in diesen Jahren kumuliert rund 5,7 Milliarden DM mehr erbracht.

Dies veranschaulicht in drastischer Weise den im Bereich Forschung und Technologie durch diese Bundesregierung praktizierten jahrelangen Substanzverzehr und den Stellenwert, den Forschung und technologische Entwicklung in unserem Land noch hat.

Wenn der Einzelplan 30 wie der Bundeshaushalt anwachsen würde, läge der Fehlbetrag allein für das Jahr 1994 - ohne die Kumulierungsverluste der Vorjahre - bei 410 Millionen DM.

Der Forschungshaushalt muß deshalb aufgestockt und umgebaut werden. Die in diesem Zusammenhang wichtigste Forderung, die die SPD-Bundestagsfraktion nun schon seit Jahren erhebt, ist die nach einem forschungs- und technologiepolitischen Dialog. Mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Gewerkschaften muß in einem kontinuierlichen Dialog darüber gesprochen werden, welches unsere künftigen Wachstumsfelder sein können, welche Aufteilung der Kräfte zwischen Wirtschaft und Staat vorzunehmen ist und welche Beiträge die einzelnen Gruppen leisten können beziehungsweise leisten müssen. Als Ergebnis eines solchen Dialogs kann dann unter Umständen ein Forschungshaushalt entstehen, der sich von dem zehnjährigen Fortschreiten der eingefahrenen Strukturen während der christlich-liberalen Koalition deutlich unterscheidet.

SPD-Positionen für die parlamentarischen Beratungen

Bei den parlamentarischen Beratungen dieses Etat-Entwurfs im Herbst werden wir eine Erhöhung der Mittel bei den folgenden Positionen beantragen:

- Die Ausstattung der Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern mit Investitionsmitteln für Geräte muß erhöht werden. Die Projektförderungen für die neuen Länder müssen eine Präferenz im Fördersatz haben, da die dortigen Antragsteller immer weniger in der Lage sind, ihre Eigenmittel aufzubringen. Dies gilt ganz besonders für kleine und mittlere Unternehmen aus den neuen Ländern.
- Der Förderbereich Informationstechnik muß aufgestockt werden. Dies gilt auch für die Telekommunikation. Die Durchdringung der gesamten Wirtschaft mit Informationstechnik wird weiter zunehmen.
- Die biotechnologische Forschung und die materialwissenschaftliche Forschung müssen als besonders zukunftssträhig weiter erhöht werden. Die Großforschungseinrichtungen müssen hierzu erhöhte Beiträge leisten.
- Die nicht-nukleare Energieforschung und die Umweltforschung haben nach wie vor eine "Jahrhundertbedeutung" für den Übergang unserer Industriegesellschaft in eine ökologisch verträgliche Lebensweise. Die Forschungsmittel hierfür sind zu erhöhen.
- Die Gesundheitsforschung muß nach dem soeben verkündeten Programm entsprechend der darin genannten Bedeutung finanziell besser ausgestattet werden. In diesen Zusammenhang gehört die Verbesserung der Mittelausstattung auch des Forschungsbereichs "Verbesserung der Arbeitsbedingungen". Die hier vorgesehenen weiteren Kürzungen werden wir nicht akzeptieren.

Kürzungsvorschläge werden wir bei den folgenden Gebieten machen:

- Wir verlangen, daß die finanzielle Lastentragung für die "Atomruinen" im Bereich des BMFT aus dem Einzelplan 30 herausgenommen und aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert wird. Dies gilt für die verschiedenen stillgelegten Reaktoren der Großforschungseinrichtungen und für die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe.
- Wir halten das Projekt eines Forschungsreaktors München II nicht für vordringlich. Es kann mit Rücksicht auf die in Europa schon vorhandenen Strahlenquellen gestreckt beziehungsweise ganz gestrichen werden.
- Wir verlangen eine Kürzung des ESA-Betrages um 122 Millionen DM. Diese entspricht der Absicht des Forschungsministers, die er gegenüber dem Finanzminister nicht durchsetzen konnte! Wir sehen das "Diktat" des BMF, den Raumfahrtansatz gegen den Willen des BMFT hochzuhalten, als eine abzulehnende Kompetenzbeschränkung des BMFT und einen politischen Eingriff zugunsten der bayerischen Raumfahrtindustrie an.

- Wir verlangen eine "Verschlankung" der DARA entsprechend der gesunkenen Bedeutung der Raumfahrtansätze und -projekte.

Ein Forschungshaushalt entsprechend diesen Proportionen, der nach unseren Vorstellungen eine Erhöhung in der Größenordnung von etwa 50 Prozent des Fehlbetrages von 410 Millionen DM erhalten soll, wird den Herausforderungen für die künftigen Jahre eher gerecht werden können als der Regierungsentwurf.

(-/5.8.1993/vo-ha/rs)

Erst lesen - dann kritisieren

Zur Kritik des CSU-Generalsekretärs an den Plänen zur öffentlichen Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Von Ulla Schmidt MdB

**Sprecherin der SPD für Gleichstellungspolitik und Mitglied der Kommission
"Regierungsprogramm '94"**

Manche sind mit dem Vorwurf "verfassungswidrig" allzu schnell bei der Hand. Die CSU versteht darunter die in Hessen und anderen SPD-geführten Bundesländern entwickelten Pläne, Schwangerschaftsabbrüche aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

Dabei entsprechen diese Regelungen vollinhaltlich der BVG-Entscheidung vom 28. Mai 1993. Hätte sich der CSU-Generalsekretär auch nur einmal der Mühe unterzogen, die umfangreiche Begründung der Karlsruher Richter zu lesen, so wüßte er, daß sein Vorwurf ins Leere geht.

In der Entscheidungsbegründung wurde ausgeführt, keine Frau dürfe aus finanziellen Gründen an der Inanspruchnahme eines Arztes für einen Schwangerschaftsabbruch gehindert werden. Die Karlsruher Verfassungsrichter nennen im einzelnen sogar die Vorgabe für eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, die noch dazu möglichst unbürokratisch gehandhabt werden soll: Höhere Einkommensgrenzen als bei der normalen Sozialhilfe, zugrunde gelegt wird das Einkommen der Schwangeren, das heißt Einkünfte der Unterhaltspflichtigen wie Ehemann oder Eltern dürfen nicht angerechnet werden, ebensowenig sind diese Personen in Regreß zu nehmen. Schließlich sollte die Finanzierung für Schwangerschaftsabbrüche auch anonym in Anspruch genommen werden können.

Nichts anderes besagen die bekanntgewordenen Vorschläge auf Länderebene, für die das Land Hessen Vorreiter gewesen ist. Hier sollen für Frauen, die nur über ein geringes oder aber über kein eigenes Einkommen verfügen, Schwangerschaftsabbrüche aus Mittel der öffentlichen Hand übernommen werden - gewissermaßen im Vorgriff auf eine spätere bundeseinheitliche Regelung.

Dies entspricht voll den Intentionen und Auflagen der Karlsruher BVG-Entscheidung vom 28. Mai 1993. Erst Ihre Nichteinhaltung wäre verfassungswidrig!

Das Vorgehen der CSU beweist deutlich, wie sehr ihr dieser Teil der BVG-Entscheidung mißfällt und wie wenig sie bereit ist, Frauen in Notsituationen zu helfen. Aber es wird kein politischer Weg daran vorbei führen, die ausdrücklichen Auflagen des Karlsruher § 218-Urteils umzusetzen, und zwar auch in Bayern!

(-/5.8.1993/rs/bgy)
